

DGB Südwestsachsen: Zahl der Hartz IV-Aufstocker steigt im Vogtland weiter

PM Briefkopf
16.02.10

„Die Anzahl der Beschäftigten, die ergänzend Arbeitslosengeld II von der ARGE beziehen müssen, nimmt im Vogtland weiter zu. Die Tendenz der steigenden Zahl von Menschen, die von ihrem Lohn allein nicht leben können, wird von der wirtschaftlichen Krise noch verstärkt“, sagte die Regionsvorsitzende des DGB Südwestsachsen Sabine Zimmermann.

Von September 2007 bis September 2009, als aktuellster Wert der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, stieg die Zahl der Aufstocker im Vogtlandkreis um über 10 Prozent an, von 5.984 auf 6.607 betroffene Personen.

Besonders betroffen sind Beschäftigte in der Gastronomie und im übrigen Dienstleistungsgewerbe wie dem Arbeitnehmerverleih. Vor allem Ungelernte und Familien mit Kindern schaffen trotz Erwerbstätigkeit nicht den Sprung aus der Abhängigkeit von Hartz IV.

Es darf aus Sicht des DGB nicht sein, dass Menschen wegen viel zu niedriger Löhne weiter auf ergänzende Sozialtransfers des Staates angewiesen sind. Denn damit werden Gewinne privatisiert und Kosten auf die Allgemeinheit verlagert. Mindestlöhne würden inakzeptable Entwicklungen bei den Löhnen stoppen und auch keine wirtschaftlichen Verwerfungen zwischen den Betrieben verursachen, da alle diese Löhne zahlen müssten. Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden vom Arbeitgeber direkt beim Einstellungsgespräch auf die Möglichkeit des Aufstockens durch die ARGE hingewiesen. Es handelt sich dabei um eine Quasi-Subventionierung der Arbeitgeber durch den Staat, die dadurch immer öfter animiert werden, die Löhne weiter zu senken.

„Der DGB fordert mit Nachdruck, dass Arbeit nicht arm machen darf und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrem verdienten Lohn auch ein würdevolles Leben führen können. Dieses Problem muss in erster Linie durch Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen gelöst werden. Die Regierungskoalition muss endlich handeln, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Gerade in derzeitigen Krise breiten sich Niedriglöhne immer weiter aus. Darum brauchen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Haltelinie durch gesetzliche Mindestlöhne. Vor allem würde auch die Kaufkraft dieser einkommenschwächeren Schichten gestärkt werden und damit die Binnennachfrage, da diese jeden Euro mehr eins zu eins ausgeben. Die Einführung von Mindestlöhnen ist gerade jetzt in der Krise wichtiger denn je“, meint die Gewerkschafterin.

Wir bitten um Veröffentlichung.

Sabine Zimmermann
Regionsvorsitzende, MdB

PRESEMITTEILUNG